



Nr. 42/09.12.2009

## **Aktuell**

### **Stellenausschreibung des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Bielefeld**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Bielefeld sucht zum 01. September 2010 Auszubildende zum/zur Fachangestellten für Bürokommunikation. Es wird eine interessante, abwechslungsreiche Ausbildung angeboten. Durch qualifizierte Ausbilder/innen werden Ihre fachlichen Kompetenzen und Ihr persönliches berufliches Fundament weiterentwickelt. Sie erhalten eine intensive Förderung durch Schulungen und internen Unterricht in der Zentrale Nürnberg sowie die Vermittlung berufsbezogener Fachkenntnisse in der Berufsschule Bonn. Die Ausbildung ermöglicht eine spätere Verwendung sowohl im öffentlichen als auch privatwirtschaftlichen Bereich. Gesucht werden Personen, mit qualifiziertem Hauptschulabschluss, mittlerem Bildungsabschluss oder Fachhochschulreife, die sich etwas zutrauen und Spaß daran haben, praxisnah ausgebildet zu werden; die die Ausbildung an unterschiedlichen Ausbildungsorten nicht scheuen. Begrüßt werden Bewerbungen von Menschen mit Behinderung, mit sozialem Engagement sowie Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (aktuelles Zeugnis, tabellarischer Lebenslauf, Praktikabescheinigungen etc.) bis zum 31. Dezember 2009 an folgende Adresse: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, z.H. Herrn Brüggemeier, Am Stadtholz 24 in 33609 Bielefeld. Weitere Informationen über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finden Sie auf der Homepage [www.bamf.de](http://www.bamf.de). Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Ausbildungsleiter der Außenstelle Bielefeld: Herr Brüggemeier: 0521-9316-103 oder an: Ausbildungsleiterin beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Frau Pilz: 0911-943-1317

### **Jugendwettbewerb «Unsere Werte - unsere Rechte» der Landeszentrale für politische Bildung**

Demokratisches Handeln beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Demokratische Grundrechte müssen schon früh für Kinder und Jugendliche erfahrbar sein. Die Landeszentrale für politische Bildung hat ihren «Jugendwettbewerb NRW. demokratie leben.2009/2010» seit 8. Dezember 2009 ausgeschrieben. Bei dem Wettbewerb unter dem Motto «Unsere Werte - unsere Rechte» können Kinder ab der ersten Klasse, Schüler aller Schulformen sowie Jugendgruppen ihre konkreten Vorstellungen und Projekte einbringen und zeigen, wie sie sich in ihrer Schule, in Jugendeinrichtungen am Ort, aber auch in ihrem privaten Umfeld aktiv für eine freie und demokratische Gesellschaft einsetzen. Die teilnehmenden Teams - mindestens drei Personen - können die Form ihres Beitrages frei wählen. Eingereicht werden können zum Beispiel Reportagen, Videos, Zeitungen, Theaterstücke, Comics oder Präsentationen, die sich mit dem Thema «Demokratie leben» auseinandersetzen. In jeder Kategorie sind Preisgelder von 6000 Euro zu gewinnen. Einsendeschluss ist der 1. März 2010. Jugendminister Armin Laschet wird die Preise den Gewinnern am 27. Juni 2010 in Düsseldorf überreichen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

[www.jugendwettbewerb.nrw.de](http://www.jugendwettbewerb.nrw.de)

## **„Sie versprochen mir ein herrliches Fest...“ Wanderausstellung von Terre des Femmes zu weiblicher Genitalverstümmelung**

Bis heute stellt weibliche Genitalverstümmelung ein Tabu dar. Das Thema löst unterschiedliche Reaktionen aus. Sie reichen von der Meinung, es handle sich um Kultur, daher dürften sich Außenstehende nicht einmischen, bis hin zu rassistischen Vorurteilen, die vor allem afrikanische Gesellschaften als barbarisch abwerten. Die Ausstellung möchte beiden Haltungen entgegenwirken. Ziel ist es, Genitalverstümmelung jenseits von Voyeurismus darzustellen: als Ausdruck einer weltweit verbreiteten Diskriminierung und Gewalt gegen das weibliche Geschlecht. Die Ausstellung soll dazu beitragen, dass die Betroffenen nicht ausschließlich als Opfer, sondern vielmehr als Überlebende wahrgenommen werden. Ausführlich informiert die Ausstellung mit Bildern, Zitaten und Texten über Fakten und Hintergründe weiblicher Genitalverstümmelung und stellt afrikanische Aktivistinnen und ihre Initiativen vor. Die Ausstellung ist ein Projekt von Terre des Femmes e. V. im Rahmen der Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung. Veranstalter: Kulturraum „die flora“ und Gleichstellungsstelle in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten im Rahmen von „Migration 2009“. Veranstaltungsort: die flora, Florastraße 26 in 45879 Gelsenkirchen. Die Ausstellung findet vom 06. bis zum 18. Dezember 2009 statt. Öffnungszeiten: Sonntag bis Freitag von 11:00 bis 18:00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Informationen unter: Tel.: (0209) 169 - 9105

## **IMIS-Kolloquium zu Fragen der Migrationsforschung**

Das Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien veranstaltet am 14. Januar 2010 im Rahmen des IMIS-Kolloquiums die Veranstaltung "Familienbesucherinnen. Bericht aus einem Integrationsprojekt im nördlichen Landkreis Osnabrück." in Raum 15/134 (EW), Seminarstraße 20 in 49074 Osnabrück. Referenten: Gerda Wesseln-Borgelt, Nele Haddou und Heidrun Wulfekühler. Die Veranstaltung beginnt um 18:00 Uhr c.t. und richtet sich an IMIB-Lehrende und IMIB-Studierenden. Die Veranstaltung ist öffentlich und kostenlos.

## **Lesung: „Fadumo Korn: Schwester Löwenherz“**

Im Rahmen des Begleitprogramm der Wanderausstellung von Terre des Femmes zu weiblicher Genitalverstümmelung findet am Montag, den 14. Dezember 2009 um 19:30 Uhr die Lesung „Fadumo Korn: Schwester Löwenherz“ statt. Die Autorin von „Geboren im Großen Regen“ liest aus ihrem neuen Buch. Fadumo Korn ist selbst eine Kämpferin mit „Löwenherz“, wenn es um ihren Einsatz gegen die Verstümmelung weiblicher Genitalien (FGM) geht. Sie wurde im Alter von acht Jahren in Somalia Opfer dieses Rituals, an dessen Folgen sie fast gestorben wäre und das sie bis heute gesundheitlich beeinträchtigt. Die in München lebende Autorin kämpft mit der Organisation Forward Germany nicht nur gegen die weltweit praktizierte Genitalverstümmelung von Frauen, sondern darüber hinaus für die Rechte afrikanischer Asylsuchender. Besonders engagiert setzt sie sich für Frauen und Kinder ein, die zuallererst und überall Opfer von patriarchalischen Strukturen und Gewalt werden. Fadumo Korn begründet ihr Engagement ganz schlicht und eindrucksvoll: „Sich für andere einsetzen, macht glücklich, weil man eine Spur im Leben der anderen hinterlässt und diese lernen, auch zu helfen.“ Veranstaltungsort: Die flora, Florastraße 26 in 45879 Gelsenkirchen. Der Eintritt kostet 4,00 €, ermäßigt 3,00 € Kartenreservierung unter Tel.: (0209) 169-9105 oder frauenbuero@gelsenkirchen.de

## Tag des Gedenkens an die ermordeten Sinti und Roma

Im Rahmen des Respekt und Mut-Programmes findet am Mittwoch, den 16. Dezember der Tag des Gedenkens an die ermordeten Sinti und Roma statt. Am Gedenktag werden die Landeshauptstadt und der Landesverband Deutscher Sinti und Roma Nordrhein-Westfalen am Mahnmal der "Ehra" am alten Rheinhafen um 10:00 Uhr einen Kranz niederlegen. Im Anschluss findet um 11:00 Uhr ein Lichtbildvortrag in der Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstraße 29 statt. Rudolf Kosthorst, Beauftragter für Sinti und Roma beim Sozialdienst der Stadt Düsseldorf, berichtet über die Düsseldorfer Sinti und Roma und zeigt, wie die Diskriminierung durch die Nationalsozialisten auch nach 1945 weiter wirkte.

## Termine

Termin: Integrationskonferenz Solingen, "LebensArt Nordrhein-Westfalen - Integration und Kultur"

Datum: 10. Dezember 2009, 10:00 Uhr

Tagungsort: Stadthalle, Solingen  
Der Integrationsbeauftragte nimmt teil und moderiert.

Termin: ARIC Festveranstaltung

Datum: 10. Dezember 2009, 17:00 Uhr

Tagungsort: Alte Feuerwache, Duisburg  
Der Integrationsbeauftragte spricht ein Grußwort.

Termin: Sitzung des Leitungsgremium des Elternnetzwerk

Datum: 11. Dezember 2009, 16:30 Uhr

Tagungsort: Düsseldorf, MGFFI  
Der Integrationsbeauftragte ist der Gastgeber und nimmt teil.

Termin: Fachtagung des Netzwerkes kurdischer AkademikerInnen

Datum: 12. Dezember 2009, 12:30 Uhr

Tagungsort: In der Stehle 26, Kasbach  
Der Integrationsbeauftragte hält eine Rede.

Termin: Besuch bei SprInt-Transfer, Gestaltung einer Unterrichtseinheit für die Qualifizierungsteilnehmer aus Wuppertal und Aachen

Datum: 15. Dezember 2009, 10:00 Uhr

Tagungsort: Ludwigstraße 22, Wuppertal  
Der Integrationsbeauftragte gestaltet eine Unterrichtseinheit mit anschließender Diskussionsrunde.

Termin: Dortmund sucht dein Talent

Datum: 15. Dezember 2009, 19:00 Uhr

Tagungsort: Geschwister-Scholl-Str. 33-37, Dortmund  
Der Integrationsbeauftragte nimmt teil.

Termin: Gedenkveranstaltung an die Sinti und Roma  
Datum: 16. Dezember 2009, 10:00 Uhr  
Tagungsort: Am alten Hafen/Rheinort, Düsseldorf  
Der Integrationsbeauftragte nimmt teil.

## **Publikationen**

### **Dokumentation der Fachtagung des Landesjugendrings NRW e.V. - Projekt Ö am 8. September 2008 in Düsseldorf**

Der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen hat mit dem Projekt "Ö" ein innovatives Modellprojekt entwickelt, um Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen effektiver als bisher für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte zu öffnen. Zu den Zielen dieses Projektes gehört es insbesondere, soziale und politische Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu fördern und Kooperationen zwischen Jugendverbänden bzw. Jugendringen anzuregen. Des Weiteren sollen Migrantenjugendorganisationen in ihrer Aufbau- und Vernetzungsarbeit sowie in ihren Zugängen zu Ressourcen unterstützt werden. Zudem sollen die Angebote der Jugendverbände sich verstärkt an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte orientieren, um diese für Aktivitäten und/oder Mitgliedschaft in Jugendverbänden zu gewinnen. Über die erste Fachtagung zum Projekt "Ö" hat der Landesjugendring die Dokumentation "Interkulturelle Öffnung von Jugendringen und Jugendverbänden in Nordrhein-Westfalen als Chance und Herausforderung" herausgebracht. Diese gibt einen wissenschaftlichen Überblick über den Stand interkultureller Öffnungsprozesse in Jugendverbandsarbeit im Jahr 2008 und kann als pdf-Datei auf der Homepage des Landesjugendrings unter Projekt "Ö"/Publikationen heruntergeladen werden:

[http://www.ljr-nrw.de/uploads/media/OE-Dokumentation-Fachtagung08-72\\_01.pdf](http://www.ljr-nrw.de/uploads/media/OE-Dokumentation-Fachtagung08-72_01.pdf)

### **Buch Neuerscheinung: Migranten in der deutschen Politik**

Marvin Oppong (Hrsg), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Veröffentlichungsdatum: April 2010, ISBN-10:3-531-17057-0

Die politische Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Doch wo liegen die Fortschritte und wo gibt es Verbesserungsbedarf? In diesem Sammelband befassen sich 19 Politiker, Migrantenvertreter, Aktivisten und Autoren mit der Rolle von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Politik der Bundesrepublik. Dabei nehmen sie eine kritische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der deutschen Politiklandschaft vor. Ergänzt wird dies durch Vorschläge für eine bessere Einbindung dieser gesellschaftlichen Gruppe sowie durch Schilderungen persönlicher Erfahrungen. Die Themen der Beiträge reichen dabei vom Verhältnis zwischen Deutschen und Zugewanderten über die Rolle der Medien bis zu Identitätsfragen und der Teilhabe junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Mit Beiträgen von:

Mehmet Daimagüler, Omid Nouripour, Sebastian Edathy, Emine Demirbüken-Wegner, Ozan Ceyhun, Feleknas Uca, Bülent Arslan, Josip, Juratovic, Özcan Mutlu, Martin Hyun, Merve Aydin, Ibrahim Aydin, Yonas Endrias, Tahir Della, Natasha A. Kelly, Alexander Sipua Ngnoubamdjum, Achim Doerfer, Noah Snow, Canan Topcu

# Pressemitteilungen

## Presseinformation des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 04.12.09

"Sonderregelungen für Jugendliche sind wichtiges integrationspolitisches Signal"

Staatsministerin Maria Böhmer hat den Beschluss der Innenminister von Bund und Ländern begrüßt, die zum Jahresende auslaufende Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer um zwei Jahre zu verlängern. "Ich freue mich über die erreichte Einigung. Sie gibt den Betroffenen Klarheit und die Möglichkeit zu einer dauerhaften Perspektive in unserem Land", betonte Staatsministerin Böhmer.

"Besonders erfreulich sind die Sonderregelungen für Jugendliche mit Schulabschluss oder Berufsausbildung. Gut integrierten Jugendlichen wird nun ein Bleiberecht unabhängig von ihren Eltern eingeräumt. Dies ist ein wichtiges integrationspolitisches Signal", so Böhmer.

Die heute auf der Herbsttagung der Innenminister in Bremen getroffene Entscheidung betrifft etwa 30.000 geduldete Ausländer, denen zuletzt eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erteilt worden war. Von der zweijährigen Verlängerung des Bleiberechts profitieren diejenigen von ihnen, die es - noch - nicht geschafft haben, ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig zu sichern, obwohl sie sich nachweislich um eine Beschäftigung bemüht haben.

"Wer sich angestrengt und ernsthaft eine Arbeitsstelle gesucht hat, hat eine zweite Chance verdient. Als Ausländerinnen und Ausländer haben sie es trotz eigener Anstrengungen schwerer als andere, eine Beschäftigung zu finden und sie in der Krise zu behalten. Mit der Verlängerung des Bleiberechts erhalten sie mehr Zeit dafür, ihren Lebensunterhalt selbst sichern zu können. Der Beschluss ist ein wichtiges Zeichen: Denn Arbeit zu haben ist auch eine Frage der Menschenwürde", betonte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung.

## Presseinformation der Caritas Deutschland v. 04.12.09

Caritas begrüßt Entscheidungen der Innenminister zum Bleiberecht

Konkreter Ausgestaltung kommt entscheidende Bedeutung zu

"Wir begrüßen die Entscheidungen der Innenministerkonferenz zur Bleiberechtsregelung" so Caritas-Generalsekretär Georg Cremer. So gewinnen die betroffenen Menschen wichtige Zeit und erhalten eine neue Chance für einen gesicherten Aufenthalt. Insbesondere sei zu begrüßen, dass Personen schon aufgrund einer positiven Arbeitsmarktprognose oder mit einer Teilzeitbeschäftigung eine reguläre Aufenthaltserlaubnis erhalten sollen.

"Der konkreten Ausgestaltung dieser Regelungen kommt nun eine entscheidende Bedeutung zu", macht Cremer deutlich. Die neuen Regelungen müssten so angewendet werden, dass den Ausländerbehörden ausreichend Zeit bleibe, sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Bis zu einer Entscheidung der Ausländerbehörde müsse der Aufenthalt als rechtmäßig gelten. An den Nachweis, dass sich eine Person um Arbeit bemüht, dürften keine überhöhten Anforderungen gestellt werden. Es müsse genügen, dass die Betroffenen die unzureichende Lebensunterhaltssicherung nicht selbst verschuldet haben.

Die heutige Entscheidung der Innenministerkonferenz befreie die Politik nicht von der Verantwortung, Verbesserungen für humanitäre bzw. persönliche Härtefälle und zugunsten von Familien zu finden. "Insbesondere muss alten, kranken und traumatisierten Menschen, die nicht arbeiten können, eine Aufenthaltserlaubnis ohne Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln gewährt werden", fordert Cremer. Zusätzlich seien gesellschaftspolitisch wichtige Aufgaben wie die Erziehung von

Kindern oder die Pflege von Angehörigen als gleichwertig zu einer Erwerbstätigkeit zu sehen. Bei Personen, die diesen Aufgaben nachkommen, müsse deshalb von einer eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes abgesehen werden.

Die neuen Regelungen ersetzen nicht eine dauerhafte gesetzliche Lösung. Der DCV fordert auch weiterhin ein Bleiberecht, das humanitären Kriterien entspricht. Es muss eine Regelung gefunden werden, die ohne Stichtag auskommt, auf restriktive Ausschlussgründe verzichtet, Familien schützt und humanitäre Notlagen Einzelner oder auch von Gruppen entsprechend berücksichtigt.

## **Pressinformation des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen v. 04.12.09**

### **Integrationsbeauftragter begrüßt Verlängerung der Bleiberechtsregelung**

Auf der Innenministerkonferenz in Bremen wurde heute (4. Dezember 2009) entschieden, das Bleiberecht für geduldete Ausländer in Deutschland um zwei Jahre zu verlängern.

„Die Einführung der bundesgesetzlichen Bleiberechtsregelung ist von den Ländern seinerzeit begrüßt worden, da es die erklärte Absicht von Bund und Ländern gewesen ist, so genannte Kettenduldungen abzuschaffen und eine realistische Integrationsperspektive aufzuzeigen. Allerdings führte der Konjunkturunbruch 2008 mit der Folge schlechterer Voraussetzungen zur Integration in den Arbeitsmarkt dazu, dass zahlreiche Antragstellerinnen und Antragsteller am Stichtag 31. Dezember 2009 die Voraussetzungen für die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis nicht erfüllt hätten. Eine Verlängerung ist deshalb unbedingt zu begrüßen“, so der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen.

Wer bis zum Jahresende seinen Lebensunterhalt nicht eigenständig hätte sichern können, wäre ohne diese Verlängerung in den Status der Duldung zurückgefallen.

„Ausländer mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis auf Probe haben nun zwei weitere Jahre Zeit, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu sichern, mit dem Ziel dauerhaft in Deutschland bleiben zu dürfen. Diese Zeit gilt es für weitere Gespräche hinsichtlich des Bleiberechts zu nutzen“, betonte Thomas Kufen.

Bereits auf der Frühjahrskonferenz der Integrationsbeauftragten der Länder im Juni diesen Jahres, hatte sich der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für eine Verlängerung des Bleiberechts eingesetzt. In ihrer Resolution baten die Integrationsbeauftragten um die Prüfung

- der Verlängerung der derzeitigen Regelung (die Aufenthaltserlaubnis auf Probe, §104 a AufenthG, ohne Nachweis der Lebensunterhaltssicherung) über den 31. Dezember 2009 hinaus;
- einer Möglichkeit zur Senkung der Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung bei der weiteren Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis (§ 23 I AufenthG);
- einer Möglichkeit zur Befreiung des Nachweises der Lebensunterhaltssicherung für Studenten (entsprechend der Befreiung für Auszubildende);
- einer Möglichkeit zur Erteilung eines Bleiberechts für Alte, Kranke und Behinderte auch bei Inanspruchnahme öffentlicher Mittel.

## Islamisches Wort des Südwest Rundfunk von Aiman A. Mazyek v. 09.12.09

### Morgenland im Abendland

Die Schweiz sagt nein zum Bau von Minaretten. Ist dies das Ende des Morgenlandes im Abendland? Haben die Eidgenossen sich gegen Religionsfreiheit und für Diskriminierung ausgesprochen? Erste Reaktionen auf den Ausgang der Volksbefragung könnten diesen Verdacht stützen. Doch bei aller verständlichen Aufregung: wir müssen die Moschee im Dorf lassen. In der Schweiz ging's um vier Minarette für rund 400 000 Muslime. Politiker und Medien haben in dem einstigen Modellstaat für Toleranz rechten Demagogen und Scharfmachern das Feld überlassen. Diese haben eine hysterische Angstdebatte über Ausländer und Muslime losgetreten. Angst macht blind, das wissen wir. Angst führt zu Fehlentwicklungen. Genau das ist in der Schweiz passiert. Fehler lassen sich korrigieren. Und genau darauf hoffe und vertraue ich.

Der Schweizer Volksentscheid gegen Minarette ist ein Präzedenzfall. Er konterkariert die in der Menschenrechts-Charta garantierte Religionsfreiheit. Es ging bei dieser Abstimmung nicht um Ästhetik. Es ging nicht darum, wie Minarette gebaut werden. Drüber kann und soll diskutiert werden. Ich bin sehr für eine Debatte um eine Architektur, die zeitgenössisch sowie bautechnisch „schön“ ist und die gleichzeitig religiösen Erfordernissen Rechnung trägt.

In der Schweiz geht's um die grundsätzliche Frage, ob die Mehrheit einer Minderheit vorschreiben darf, wie diese ihre Gotteshäuser zu bauen hat. Dies legt der Volksentscheid nahe, der in der Schweizer Verfassung ein Bauverbot für Minarette verankern will. Minarette sind kein Gotteshaus an sich, aber sie sind Teil des muslimischen Gotteshauses. Wenn eine Moschee ohne Minarett gebaut werden soll, dann darf das einzig und allein die Entscheidung der muslimischen Bauträger sein. Ignaz Bubis, der langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, hat einmal über den Neubau von Synagogen den folgerichtigen Satz gesagt: „Wer baut, will bleiben“. Genau darum geht's. Und deshalb schmerzt der Ausgang des Plebiszits. Denn ein Teil der Schweizer Bevölkerung hat deutlich gesagt: Ihr seid hier nicht willkommen, ihr sollt hier nicht bleiben.

Die Schweizer haben im Grunde nicht gegen Minarette abgestimmt, sondern gegen die Werte ihrer eigenen Verfassung. Das Abstimmungsergebnis steht im krassen Widerspruch zum Schweizer Modell, das bisher für Weltoffenheit, Liberalität und Toleranz stand. Der Kollateralschaden dieses Urnengangs lässt sich bislang nicht absehen. Ebenso wenig die Wirkung auf andere Länder Europas.

Ich fürchte, wenn es eine ähnliche Abstimmung in Deutschland gäbe, würde es zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Das liegt daran, dass die Islamfeindlichkeit zugenommen hat und die Debatten um den Islam immer mehr zu Angstdebatten ausarten. Teile der Politik bagatellisiert dieses Phänomen, redet es klein oder betreibt sogar selbst aktiv Islambashing, anstatt entschlossen dagegen vorzugehen.

Meist kommt die Phobie ganz adrett oder harmlos daher: Entweder als sogenannte Kritik an den Muslimen – nach dem Motto: „man wird doch noch sagen dürfen“. Oder es werden diffuse Warnungen vor der „Islamisierung Europas“ in die Welt gesetzt - wie in der Schweiz geschehen. Oft verbergen sich dahinter blanker Rassismus oder heillose Fremdenangst. Warum sonst nimmt die Hetze gegen Muslime derart zu, die gepaart mit Desinformationen über den Islam propagandistisch durch ein weit gestreutes Netzwerk unters Volk gebracht wird? Wir ernten jetzt, was selbst ein Teil unserer so genannten Elite vormacht: Sie führen Angstdebatten, anstatt Lösungen auf den Tisch zu legen, wofür sie eigentlich bezahlt werden.

Langfristig kann es unsrer Gesellschaft nur zum Schaden gereichen, wenn wir nicht endlich jenen „Hasspredigern“ entschlossen entgegentreten, die eine Glaubensgemeinschaft von mehr als vier Millionen pauschal verleumden.

Um eine sich ausbreitende Stimmung der Intoleranz gegenüber Muslimen zu ändern, brauchen wir mehr denn je den Dialog der Religionsgemeinschaften. Wir müssen die Begegnung aller gesellschaftlichen Gruppen fördern. Mir fällt einiges dazu ein, wie wir das hinkriegen können: Tage der offenen Moschee, Kirchentage, Islamkonferenzen. Aber mehr als alles andere brauchen wir das Gespräch mit unseren Nächsten, mit den Nachbarn, den Bekannten, den Arbeitskollegen. Und wir brauchen viel mehr mutige Politiker und Journalisten, die klar Position beziehen gegen Intoleranz und Angstmache. In Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Verunsicherung sowie zunehmender Identitätskrisen fallen einigen Leuten nur noch Sündenbockdiskussionen und Schwarze-Peter-Spiele ein. Ich wünsche mir, dass sich dagegen in Zukunft klarer und deutlicher mutige Politiker, Journalisten und Kirchenfrauen- und -männer engagieren. Ich wünsche mir, dass der Geist der europäischen

Aufklärung, auf die wir zurecht so stolz sind, die Integrationsdebatte um folgenden Gedanken von Friedrich II. bereichert, der 1740 verfügt hat: „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, die sich zu ihnen bekennen, ehrliche Leute sind. Und wenn die Türken [...] kämen und wollten hier im Lande wohnen, dann würden wir ihnen Moscheen [...] bauen.“

Unsere Toleranzfähigkeit misst sich nicht am Getöse, wie oft wir das Wort Toleranz in den Mund nehmen, sondern, ob man es auch praktisch anwendet und bereit ist, dafür einzustehen, auch wenn es im Moment noch so unpopulär erscheint.

Dies ist der Infobrief des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Der Infobrief informiert Sie regelmäßig über die Arbeit des Integrationsbeauftragten und gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Veröffentlichungen zu integrationspolitischen Themen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abonnement kann jederzeit unter [austragnews.integrationsbeauftragter@mgffi.nrw.de](mailto:austragnews.integrationsbeauftragter@mgffi.nrw.de) abbestellt werden.